



Bürgerhaus Bornheide | Haus orange
Bornheide 76E, 22549 Hamburg

Borner Runde
Bürgerbeteiligungsgremium im
Osdorfer Born

Tel.: + 49 40 / 524 732 66
E-Mail: info@borner-runde.de
Website: www.osdorfer-born.de

18.01.2024

- P R E S S E M I T T E I L U N G -

Beschluss der Borner Runde zu Plänen, Menschen mit Migrationshintergrund auszuweisen

Die AfD – nicht die Partei, mit der wir etwas zu tun haben wollen

Wie das Recherche Netzwerk Correctiv¹ und die Presse bekanntgaben, fand am 25. November bei Berlin ein gemeinsames Treffen von Vertretern der AfD, der Identitären Bewegung, der Werteunion sowie anderer Organisationen und Einzelpersonen statt. Das Treffen sollte geheim bleiben, aber dennoch wurden Inhalte veröffentlicht.

Im Zentrum der Vorträge und Diskussionen standen Überlegungen, wie auf MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund wirtschaftlicher und politischer Druck zum Verlassen Deutschlands ausgeübt werden könnte. Diese Pläne, „die Ansiedlung von Ausländern rückabzuwickeln“, bezeichneten sie als „Remigration“. Darunter verstehen die TeilnehmerInnen, dass Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht und sogenannte „nicht-assimilierte Staatsbürger“ Deutschland verlassen sollten. Ihnen sollten Aufenthaltsgenehmigung, Duldung oder Bleiberecht entzogen und Menschen mit deutschem Pass die Staatsbürgerschaft aberkannt werden. In weiteren Diskussionen wurden konkrete Maßnahmen erörtert, wie nach einer

¹ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

Regierungsbeteiligung bzw. Regierungsübernahme der AfD wirtschaftlicher und politischer Druck auf MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund ausgeübt werden könne, so dass sie Deutschland verlassen.

Diese Pläne erinnern an die menschenverachtenden Maßnahmen der Nationalsozialisten, durch die Menschen mit jüdischen Wurzeln, Sinti und Roma, u.a., sowie Vertreter der Opposition und Andersdenkende entrechtet wurden. Diese Ideologie der Nazis führte zur Verfolgung und Ermordung von Menschen, die Teil der Gesellschaft und Nachbarn waren. Die steigenden Umfragewerte der AfD lassen vermuten, dass der Partei bei den Landtagswahlen 2024 in Sachsen und Thüringen eine direkte oder indirekte Regierungsbeteiligung in den Landtagen gelingen könnte, was einen weiteren Rechtsruck anderer Parteien nach sich ziehen könnte.

Vor diesem Hintergrund hat die Borner Runde am 16.01.2024 folgendes einstimmig beschlossen:

„Wir verurteilen aufs Schärfste Pläne, Menschen mit Migrationshintergrund zur Ausreise zu zwingen. Diese Pläne und diese Politik der AfD sind menschenverachtend, sie widersprechen unserer demokratischen Verfassung und sie gefährden das friedliche Zusammenleben in unserem Quartier. Wir fürchten den Abbau demokratischer Rechte im Rahmen einer möglichen Regierungsbeteiligung der AfD. Mit der AfD wollen wir nichts zu haben. Lassen wir uns nicht verführen von Verschwörungsideologien und politischen Scheinlösungen.

Schließen wir uns zusammen gegen Hass und Ausgrenzung!
Für ein friedliches Miteinander!“